

1486

14 septembre 1977

Mündliche Beantwortung

Nationalrat

77.668. Einfache Anfrage Wyler vom 2. Mai 1977.

77.668. Question ordinaire Wyler du 2 mai 1977.

Sociétés domiciliées au Liechtenstein

Réponse verbale (affaire *)

77.367. Interpellation Oehler du 5 mai 1977.

Principauté de Liechtenstein. Collaboration

Réponse verbale (affaire *)

77.368. Postulat Grobet du 5 mai 1977.

Relations entre la Suisse et le Liechtenstein

Département politique. Proposition du 31 août 1977

Conformément à la proposition, le Conseil fédéral

d é c i d e :

La nouvelle version de la réponse à la question ordinaire Wyler, à l'interpellation Oehler et au postulat Grobet est approuvée (voir annexe).

Extrait du procès-verbal:

- EPD 6 pour exécution
- JPD 6 pour connaissance
- FZD 9 (FV 7, SNB-BE 2) pour connaissance
- BK 6 (Hb, Br, Sa, Bi 2, AP) pour connaissance

Pour extrait conforme:

Le secrétaire,



Ich frage deshalb den Bundesrat,

1. wie er die Verbreitung von liechtensteinischen juristischen Personen in der Schweiz aufhalten will:

Nationalrat

Mündliche Beantwortung

77.668. Einfache Anfrage Wyler vom 2. Mai 1977.

Juristische Personen in Liechtenstein

77.367. Interpellation Oehler vom 5. Mai 1977.

Fürstentum Liechtenstein. Zusammenarbeit

77.368. Postulat Grobet vom 5. Mai 1977.

Beziehungen Schweiz - Liechtenstein

77.668 Wyler - Juristische Personen in Liechtenstein
(2. Mai 1977)

Die schwerwiegenden Finanzskandale der letzten Zeit bei der Schweizerischen Kreditanstalt in Chiasso und bei der Weisscredit in Lugano haben einmal mehr gezeigt, dass juristische Personen in Liechtenstein zu Finanzvergehen und zur Steuerflucht benutzt werden können.

Die juristischen Personen des Fürstentums haben oft die Gesellschaftsform der "Anstalt", die in vielen Fällen die Verwaltung riesiger Kapitalien ausserhalb jeglicher gesetzlichen und fiskalischen Kontrolle ermöglicht.

Durch ihre Tätigkeit in der Schweiz ist unser Land ständig von schwerwiegenden Finanzskandalen bedroht, die wichtigen Zweigen unserer Wirtschaft Schaden zufügen können.

Der Erfolg der juristischen Personen des Fürstentums beruht auf Gesetzeslücken und auf mangelnder Kontrolle durch die liechtensteinischen Behörden. Diese haben dadurch aus den juristischen Personen eine der wichtigsten Steuerquellen gemacht, dank der Nähe des schweizerischen Finanzplatzes und dank der Vorzugsbehandlung, welche die Schweiz dem Fürstentum im Wirtschafts- und Währungssektor gewährt (besonders aufgrund des Vertrags vom 20. März 1923).

Ich frage deshalb den Bundesrat,

1. wie er die Verbreitung von liechtensteinischen juristischen Personen in der Schweiz aufhalten will:

--/--

- durch gesetzliche Massnahmen, wie in Deutschland oder Italien?
 - oder, um ihre Tätigkeit in der Schweiz unter Kontrolle zu halten, durch eine strengere Kontrolle und eine restriktivere Praxis seitens aller dafür zuständigen Bundesbehörden, insbesondere seitens der Eidg. Steuerverwaltung und der Eidg. Bankenkommission (z.B. dadurch, dass den sogenannten "Briefkastenfirmen" die Rechtspersönlichkeit nicht mehr zuerkannt wird, wie dies das Appellationsgericht von Venedig in einer bekannten Entscheidung sanktioniert hat)?
2. ob er gegen das Fürstentum Liechtenstein nicht diplomatische Schritte zu unternehmen gedenkt, damit es, angesichts der Privilegien in den Beziehungen zur Schweiz, alle Gesellschaftsformen, welche im Recht der übrigen europäischen Staaten unbekannt sind, aus seinem Recht streicht und konkrete und wirksame Massnahmen zum Verbot der Gründung von Sitzgesellschaften trifft, die zum Territorium des Fürstentums keine echte Bindung haben.

*177.367 I Oehler - Fürstentum Liechtenstein. Zusammenarbeit
(5. Mai 1977)

Die jüngste Wirtschaftsgeschichte hat erneut gezeigt, dass schwerwiegende Vorkommnisse mit ebensolchen Folgen für unsere Wirtschaft oftmals ihren Ursprung, ihren Abschluss oder mindestens eine ihrer Durchlaufstationen im benachbarten Fürstentum Liechtenstein haben. Der Bundesrat wird deshalb ersucht, zu folgenden Fragen Stellung zu nehmen:

1. Ist der Bundesrat nicht der Meinung, dass unter voller Wahrung und Berücksichtigung der Souveränität der beiden Partnerstaaten alles daran zu setzen ist, dass in Anbetracht der besonderen Beziehungen zwischen der Schweiz und dem Fürstentum Liechtenstein die Vereinbarungen über die bestehenden Vertragsverhältnisse ausgedehnt und namentlich auch weitere Rechtserlasse über das Wirtschaftsgeschehen miteinzubeziehen sind?
2. Ist der Bundesrat nicht der Meinung, dass im gegenseitigen Einvernehmen und in voller Respektierung der Souveränität beider Staaten und seiner Organe die Rechtsangleichung weitergeführt werden soll?
3. Ist der Bundesrat nicht der Meinung, dass ein solches Verfahren zusammen mit den bestehenden Abkommen im gegenseitigen, öffentlichen Interesse liegt?
4. Hält der Bundesrat an seinen Schlussfolgerungen fest, die er in seinem Bericht über die Beziehungen zum Fürstentum Liechtenstein im Jahre 1972 gezogen hat, vor allem auch in bezug auf die Niederlassungs- und Aufenthaltsvereinbarungen von Angehörigen beider Vertragsstaaten?

Die Interpellation wird unterstützt von folgenden Ratsmitgliedern:

Biderbost, Bommer, Bürer, Dürr, Hungerbühler, Kaufmann, Röthlin, Thalman, Wellauer

Begründung:

Als ich vor knapp fünf Jahren eine Anfrage in diesem Rat über Beziehungen zum Fürstentum Liechtenstein einreichte, hat diese Anfrage im Nachbarland wahre Glaubenskriege ausgelöst. In der liechtensteinischen Presse wurde die entsprechende Anfrage damals als hinterhältig, unverschämt oder gar imperialistisch qualifiziert. Der Gipfel des undemokratischen Verständnisses war erreicht, als gewisse Kreise aus dem Nachbarland zu einer Hetzjagd ansetzten.

Mittlerweile sind nicht nur fast fünf Jahre verstrichen, sondern einiges hat sich geändert. So beispielsweise sind jene, die damals zum grossen Schlag ausholen wollten, nun in der Zwischenzeit aus dem Wirtschaftsleben verschwunden oder aber sonstwie wegen der letzten Vorkommnisse, über die wir uns in der Folge unterhalten werden, kaltgestellt worden. In der Zwischenzeit sind auch einige Dutzend jener juristischen Personen im Fürstentum Liechtenstein zwangsweise liquidiert worden. Sehr bedeutungsvoll ist die Tatsache, dass im Nachbarland ein eigentlicher Gesinnungswandel festzustellen ist. Vor fünf Jahren konnte im Nachbarland eine Einheitsfront festgestellt werden. Gewitzigt und aufgerüttelt aber durch die letzten Skandale haben verantwortungsbewusste Politiker im Fürstentum nun selbst zur Selbstbesinnung und zur Selbstreinigung aufgerufen. So hat an der Generalversammlung der liechtensteinischen Industriekammer der Präsident von einem bedrohlichen Gewitter gesprochen, das sich über dem Fürstentum zusammenbraut. Mit den Skandalen, in die liechtensteinische Firmen verwickelt seien, werde mühsam aufgebauter Goodwill und in langen Jahren gewachsenes Vertrauen unweigerlich belastet, gefährdet oder sogar geschädigt. Obwohl diese Feststellung für alle Volkswirtschaften zutrifft, bildet das Fürstentum Liechtenstein nach wie vor einen Sonderfall. Die Affäre Chiasso, die Affäre der Weiss-Kreditbank und verschiedene andere Skandale in den letzten beiden Jahren haben entweder in Liechtenstein eine Durchlaufzentrale gehabt oder aber spielen sich gar auf den mit fürstlichem Wappen gezierten Drehscheiben ab. Uns darf dies nicht gleichgültig sein, weil wegen der Vorfälle unser Ruf aufs schwerste belastet wird. Es muss deshalb unser Ziel sein, mit dem geschätzten und auch geachteten Nachbarn ins reine zu kommen und gemeinsam Vorkehrungen zu treffen, dass Liechtenstein nicht weiter eine dubiose Rolle in dubiosen Geschäften spielen kann. Das ist aber nicht unsere Aufgabe; denn niemand bestreitet Liechtensteins Freiheit und Unabhängigkeit. Auch in Liechtenstein ist jetzt erkannt worden, dass nach den aufsehenerregenden Finanzskandalen wenigstens die Notwendigkeit und Dringlichkeit einer Kurskorrektur unbestritten ist. In der liechtensteinischen Industriekammer wurde zudem festgehalten, dass das Risiko einer Eigenkorrektur weit geringer ist als das Risiko einer endlosen Tolerierung von Missbräuchen bis zu den unabsehbaren Folgen plötzlicher ultimativer Reaktionen vom Ausland her. An dieser Stufe stehen wir heute.

Im Fürstentum herrschen z.T. hervorragende Verhältnisse. Weltweit bekannte und auch anerkannte Unternehmen, die Dienstleistungen in der internationalen Wirtschaft offerieren, tragen den Namen des Nachbarstaates rund um die Welt. Warum - folglich - müssen wir es zulassen, dass dank den besonderen Gesetzesbestimmungen über Liechtenstein

immer auch unser Ruf geschändet wird? Für mich war es verständlich, dass eine bekannte Zeitung in unserem Land, die jede Woche der Welt von Zürich aus Nachrichten verbreitet, gegen unsere Nationalbank Sturm lief, als die Generaldirektion an die Adresse Liechtensteins mahnende Worte und Empfehlungen richtete; die Zeitung tat diese Haltung der Nationalbank mit Schulmeisterei ab. Bei näherer Betrachtung stellen wir eine eigenartige Verfilzung fest. Die Haltung jener Zeitung - es war die "Weltwoche" - ist deshalb verständlich, weil der Autor jenes redaktionellen Beitrages nicht nur im Fürstentum Liechtenstein wohnt, sondern das Fürstentum Liechtenstein mit einem Fernsehnetz verkabeln und ihm diese ganze Organisation aufschwätzen will. Das Verhalten ist also zu durchsichtig, als dass wir uns derart an der Leine herumführen lassen sollten. Dies kommt vielmehr einer eigentlichen politischen Zuhälterei gleich, in deren Dienst man jedes Mittel zu stellen gewillt ist. Mit Liechtenstein drängt sich meiner Ansicht nach eine umgehende Flurbereinigung auf. Sie liegt mindestens so sehr im Interesse des Nachbarstaates wie auch von uns selber.

Unmut, ja z.T. eine gewisse Angst, machen sich heute auch unter den Schweizern im Fürstentum Liechtenstein breit. Gewissen Gerüchten zufolge sollen vom Nachbarland aus Aenderungen auf dem Gebiete des Niederlassungsvertrages angestrebt werden. Auch Fragen des zwischenstaatlichen grenzüberschreitenden Handwerker- und Gewerbeverkehrs sind nach wie vor offen, alles Probleme, die im gegenseitigen Einvernehmen zu lösen sind. Liechtenstein sollte weitsichtig genug sein und feststellen, dass das Land mit uns, mit der Schweiz, wirtschaftlich und sozial die grössten Fortschritte gemacht hat. Gerade im Zusammenhang mit den letzten währungs- und geldpolitischen Entscheidungen in unserem Land - ich visiere die Vereinbarung zwischen der Nationalbank und den Schweizerischen Banken an - hat es sich gezeigt, wie eng die Verflechtungen sind, und es wäre meiner Ansicht nach folglich unnatürlich, wenn von Liechtenstein aus nicht auch diesbezüglich Hand geboten und die Flurbereinigung vorgenommen werden würde.

Dies sind die Fragen, die ich im Anschluss an jene Auskunft des Bundesrates aus dem Jahre 1973 stelle, und zwar deswegen, weil dort wohl ein Katalog von Problemen aufgeführt wird, in der Zwischenzeit einige Probleme gelöst werden konnten, aber die Detailfragen nach wie vor offen sind. Der Skandal von Chiasso hat jenen Recht gegeben, die damals die Ausführungen, namentlich aus dem Fürstentum Liechtenstein und die Schweizer Antwort darauf als nicht ganz aussagekräftig hinstellten.

77.368 P Grobet - Beziehungen Schweiz-Liechtenstein
(5. Mai 1977)

Der Bundesrat wird aufgefordert, die Beziehungen zwischen der Schweiz und Liechtenstein zu überprüfen und dafür zu sorgen, dass die Wirtschaftsunion mit dem Fürstentum beiderseits gleich gehandhabt wird und dass insbesondere die liechtensteinischen Anstalten nicht dazu dienen, die gemeinsamen Gesetzesvorschriften sowie namentlich die Steuergesetzgebung unseres Landes zu umgehen.

Mitunterzeichner: Baechtold, Besuchet, Blum, Bratschi, Bundi, Bussey, Canonica, Chopart, Diethelm, Eggenberg, Eggli-Winterthur, Felber, Gassmann, Gerwig, Haller, Hubacher, Lang, Loetscher, Meier Werner, Meizoz, Merz, Morf, Müller-Bern, Nanchen, Reiniger, Renschler, Riesen-Freiburg, Rothen, Schläppy, Schmid-St. Gallen, Stich, Villard, Wagner, Waldner, Welter, Zehnder.

Antwort des Bundesrates

Einleitung

- Grundthema
- Einzelfragen

- 1) Die erwähnten drei parlamentarischen Interventionen haben als Grundthema die Beziehungen zwischen der Schweiz und dem Fürstentum Liechtenstein und werfen im einzelnen Währungs-, Steuer- und gesellschaftsrechtliche Fragen auf.

Ausgangspunkt

- Bericht des Bundesrates von 1973
- Weiterhin gültige Schlussfolgerungen

- 2) Der Bundesrat hat in Beantwortung eines Postulats von Herrn Nationalrat Oehler am 21. Dezember 1973 einen umfassenden Bericht über die Beziehungen mit Liechtenstein erstattet. Die darin gezogenen Schlussfolgerungen, dass sich eine generelle Revision des Verhältnisses zu unserem Nachbarstaat nicht aufdränge, gelten auch heute noch.

Vertragsrahmen

- Hauptsächliche Rechtsvereinbarungen
- Zufriedenstellende Beziehungen
- Schattenseiten

- 3) Das Fürstentum ist ein souveräner Staat, den insbesondere ein Zollanschlussvertrag, fremdenpolizeiliche Vereinbarungen sowie ein zur Zeit in Revision befindlicher Postvertrag mit der Schweiz verbinden. Obwohl sich die Beziehungen zwischen den beiden Staaten bisher zufriedenstellend entwickelt haben, zeigen uns kürzliche Ereignisse wie die Kreditanstalt-Affäre, dass jenes Verhältnis noch einige Schattenseiten aufweist.

Schattenseiten

- Die kürzlichen Ereignisse (Chiasso)...

- 4) Hier sei in wenigen Worten an die eben genannte Affäre um die Filiale der Kreditanstalt in Chiasso

erinnert. Bekanntlich war deren abgelöster Direktor mit den Leitern der liechtensteinischen Texon-Finanzanstalt geschäftlich eng liiert. Letztere übernahm SKA-Kunden-Gelder. Sie war gewissermassen eine Bank in der Bank, von deren Geschäften die schweizerischen Behörden nichts ahnten. Gewiss ist diese Angelegenheit mehr auf menschliche Schwächen als auf Mängel in der Rechtsordnung zurückzuführen. Trotzdem ruft sie imperativ nach Massnahmen, welche weitere solche Missbräuche möglichst verhindern.

... rufen nach
Abhilfe

Hauptproblem:
Briefkastenfirmen
- Allgemeines

- 5) Auf der Suche nach Lösungen stösst man unweigerlich und als erstes auf das allgemeine Problem der Briefkastenfirmen.

Die Einfache Anfrage Wyler erwähnt nur juristische Personen mit Sitz in Liechtenstein. Jedoch werden nicht bloss diese zur Umgehung der schweizerischen Rechtsordnung verwendet, sondern es bieten sich hierzu auch das large Gesellschaftsrecht und die fehlende oder ungenügende behördliche Aufsicht einer ganzen Reihe anderer Staaten an. Aehnliche Steuervorteile für Holding-, Finanz- und Domizilgesellschaften werden selbst in der Schweiz aufgrund entsprechender kantonaler Bestimmungen gewährt; doch besteht dabei regelmässig eine minimale bundesrechtliche Kontrolle, insbesondere im Rahmen der Verrechnungs- und der Wehrsteuer. Mit einer Angleichung des liechtensteinischen Gesellschaftsrechts an das schweizerische Obligationenrecht und der Einführung einer wirksamen

---/---

Kontrolle über die in Liechtenstein domizilierten Gesellschaften wäre das Problem der Briefkastenfirmen mit Geschäftstätigkeit in der Schweiz deshalb noch nicht beseitigt, sondern diese würden wohl lediglich ihren statutarischen Sitz in einen der erwähnten übrigen Staaten verlegen.

- Abhilfemassnahmen

Welche Massnahmen könnten nun aber schweizerischerseits gegen die Briefkastenfirmen ergriffen werden?

-- im Bankensektor

Es lassen sich grundsätzlich zwei Kategorien unterscheiden: Massnahmen im Bankensektor und solche im Steuersektor. Im Bankensektor gibt es zwei Möglichkeiten einer restriktiveren Praxis gegenüber juristischen Personen mit Sitz im Ausland, die in der Schweiz eine dem Bundesgesetz über die Banken und Sparkassen vom 8. November 1934 oder dem Bundesgesetz über die Anlagefonds vom 1. Juli 1966 unterstehende Tätigkeit ausüben. Einerseits kann die Eidgenössische Bankenkommission beschliessen, es sei keine Kontrolltätigkeit auf eine juristische Person nicht anzuerkennen. Diese Nichtanerkennung erfolgt dann, wenn der ausländische Sitz fiktiv ist oder aber die juristische Person an sich eine künstliche Konstruktion zur Umgehung des materiellen schweizerischen Rechts darstellt. Die zweite Möglichkeit einer restriktiveren Praxis besteht darin, die erwähnten Körperschaften von da im Gegenteil anzuerkennen, somit jedoch auch namentlich die Verordnung über die unselbständigen Niederlassungen ausländischer Banken in der Schweiz vom 14. September 1973 auf sie anzuwenden. Dieser Verordnung unterstehen ebenfalls Banken, die in der Schweiz öffentlich für die Entgegennahme von Geldern werben oder solche geschäftsmässig hier entgegennehmen lassen. Diese Tätigkeit bedarf einer Bewilligung der Bankenkommission.

--/--

Letztere könnte allenfalls in analoger Anwendung von Art. 23 quinquies des Bankengesetzes die Liquidation der Zweigniederlassung, welche eine ausländische juristische Person auf schweizerischem Boden unterhält, anordnen. Die Auflösung einer solchen Rechtsperson an sich durch die schweizerischen Behörden ist jedoch nicht möglich. Dieses Ziel wäre nur in Zusammenarbeit mit den am statutarischen Sitz zuständigen Behörden zu erreichen. Die Bankenkommission kann allerdings gestützt auf die Generalklausel von Art. 23^{ter} Abs. 1 BankG einer ausländischen juristischen Person die Geschäftstätigkeit in der Schweiz untersagen.

- im Steuersektor

Was den Steuersektor betrifft, so obliegt es hauptsächlich der Eidgenössischen Steuerverwaltung, eine allfällige restriktivere Praxis auszuüben. Als erstes soll gleich darauf hingewiesen werden, dass die schweizerischen Fiskalbehörden im Rahmen ihrer normalen Kontrolltätigkeit seit jeher Massnahmen getroffen haben, um Machenschaften wie denjenigen, welche der Kreditanstalt-Affäre zugrundeliegen, entgegenzutreten und um gegen die Steuerflucht nach Liechtenstein anzukämpfen.

Anstalten und dgl., die ein liechtensteinisches Domizil aufweisen, jedoch tatsächlich von der Schweiz aus geleitet werden und hier geschäftlich tätig sind, gelten als Inländer im Sinne von Art. 9 Abs. 1 des Verrechnungssteuergesetzes und können demgemäss zur Entrichtung dieser Steuer verhalten werden. Eine Aberkennung der Rechtspersönlichkeit würde kaum etwas nützen: Eine Gewinnausschüttung in das Fürstentum ist ohne Rücksicht darauf, ob

es sich beim Leistungsempfänger nun etwa um eine Anstalt oder deren Inhaber handelt, steuerbar.

Bezüglich der Stempelabgaben fällt eine solche Aberkennung ausser Betracht, da die in Liechtenstein domizilierten Anstalten und dgl. gemäss eidgenössischem Stempelrecht selber abgabepflichtig sind.

Bei den Einkommens- und Vermögenssteuern wird eine juristische Person, die ausschliesslich zum Zwecke der Steuerumgehung gegründet worden ist, nicht als fiskalisches Subjekt behandelt; das Steuersubstrat wird den "eigentlich berechtigten" natürlichen Personen, d.h. den im Hintergrund stehenden wirklichen Interessenten zugeordnet.

Der Ruf nach einer Umgestaltung des liechtensteinischen Gesellschaftsrechts beschäftigt nicht nur in der Schweiz Parlament und Öffentlichkeit: So wollten Landtags-Abgeordnete unseres Nachbarstaates von der Regierung wissen, was sie zu tun gedenke, um Missbräuche bei der Anwendung des liechtensteinischen Gesellschaftsrechts zu bekämpfen. Darauf antwortete der fürstliche Regierungschef am 22. September 1977 ... (wird bei Erhalt vervollständigt).

Mögliche Erweiterung der vertraglichen Beziehungen

- Im Währungssektor

- 6) Nach dem Gesellschaftsrecht soll hier die Frage einer möglichen Erweiterung der vertraglichen Beziehungen mit unserem Nachbarn untersucht werden. Zuerst einige Worte zum Währungssektor: Liechtenstein gehört aufgrund eines autonomen Entscheids zum schweizerischen Währungsgebiet. Die Massnahmen, welche in den letzten Jahren bei uns zum Schutze der Währung ergriffen wurden, hat das Fürstentum in selbständiger Rechtsetzung jeweils nachvollzogen. Dennoch sind der Bundesrat und die Schweizerische Nationalbank bestrebt, auf dem Gebiete der Währung

(ähnlich wie im Bereich des Zollwesens) eine dauerhafte, staatsvertragliche Regelung mit Vaduz zu finden. Entsprechende Verhandlungen waren bereits eingeleitet, als man von den Unregelmässigkeiten bei der Kreditanstalt erfuhr. Infolge dieses letzterwähnten Ereignisses wird die Währungsfrage, zusammen mit den Problemen des liechtensteinischen Gesellschaftsrechts, von Grund auf neu zu erörtern sein.

- Im Steuersektor

- 7) Was den Steuersektor betrifft, können die Beziehungen zwischen der Schweiz und Liechtenstein wie folgt charakterisiert werden: Das Fürstentum besitzt eine eigene Gesetzgebung über die direkten Steuern; damit hat die Schweiz keinen Anspruch auf Erträgnisse aus solchen liechtensteinischen Abgaben. Die Eidgenössische Steuerverwaltung erhebt in unserem Nachbarland die Warenumsatzsteuer; deren Reinertrag ist ihm auszubezahlen. Die genannte Behörde erhebt dort - die Bundesgesetzgebung analog anwendend - aber auch die Stempelabgaben; wiederum steht dem Fürstentum der Reinertrag zu. Die eidgenössischen Erlasse über die Verrechnungssteuer wendet letzteres dagegen nicht an: Personen mit liechtensteinischem Wohnsitz gelten diesbezüglich wirklich als Ausländer und können folglich eine Rückerstattung der auf dem Kapitalertrag schweizerischen Vermögens erhobenen 35prozentigen Verrechnungssteuer nicht beanspruchen. In einem allfälligen Doppelbesteuerungsabkommen müsste die Schweiz einseitig und ohne entsprechende Gegenleistung eine ganze oder teilweise solche Rücker-

stattung gewähren. Ein schweizerisches Interesse an einem DBA besteht also nicht; dies umso weniger, als das Steuergefälle zugunsten Liechtensteins dadurch verstärkt würde.

Schlussfolgerungen:

Die bereits aufgenommenen Verhandlungen werden gestatten, alle erwähnten Aspekte der schweizerisch-liechtensteinischen Beziehungen zu prüfen. Ohne dem Ergebnis dieser offiziellen Gespräche vorgreifen zu wollen, können wir heute auf die von den Herren Nationalräten Wyler, Oehler und Grobet aufgeworfenen Fragen zusammenfassend wie folgt antworten:

a) zur Einfachen Anfrage Wyler

Das Gefälle zwischen der Schweiz und Liechtenstein bezüglich des rechtlichen Instrumentariums zur Kontrolle der Tätigkeit juristischer Personen stellt ein ernsthaftes Problem dar, welches verdient, aufmerksam verfolgt und an den Verhandlungen zur Sprache gebracht zu werden. Ein noch grösseres Gefälle besteht möglicherweise hinsichtlich der Anwendung dieses Instrumentariums durch die Behörden der beiden Staaten. Eine Ueberprüfung der entsprechenden liechtensteinischen Praxis wird zusammen mit der Schweizerischen Nationalbank erfolgen. Sollte sie tatsächlich ein grösseres Gefälle aufzeigen, müsste die Kontrolle der in der Schweiz tätigen liechtensteinischen juristischen Personen vor allen Dingen im Rahmen der geltenden schweizerischen Rechtsordnung verschärft werden.

Unter den erwähnten Umständen kann eine Nichtanerkennung der Rechtspersönlichkeit ausländischer

Briefkastenfirmen durch die schweizerischen Behörden ein geeignetes Mittel zur Bekämpfung von Umgehungen der schweizerischen Rechtsordnung darstellen. Doch gilt diese Feststellung aus steuerlicher Perspektive nur beschränkt.

Im übrigen wären die Vorteile einer eventuellen Verschärfung namentlich unseres Internationalen Privatrechts sehr sorgfältig gegen die Nachteile - von Seiten anderer Staaten als Liechtenstein - zu gewärtigender Retorsionen abzuwägen.

Allfällige schweizerische Vorstösse, die auf eine Modifikation des liechtensteinischen Gesellschaftsrechts abzielten, dürften nicht unbedingt erfolgreich sein: Man kann sich nämlich fragen, ob die nach der liechtensteinischen Verfassung kompetenten Instanzen tatsächlich bereit sein werden, Körperschaftstypen wie etwa die - eine der Haupteinnahmequellen des Fürstentums bildenden - Anstalten und Sitzgesellschaften aus dessen Recht zu streichen. Doch ist es natürlich wünschenswert, dass Liechtenstein aus eigenem Antrieb und in eigenem Interesse gewisse seiner gesellschaftsrechtlichen Schlüsselbestimmungen europäischem Standard angleicht. In diesem Sinne hat sich auch die Fürstliche Regierung geäußert.

An den kommenden Verhandlungen wird sich Gelegenheit bieten, alle infolge der Verwendung liechtensteinischer juristischer Personen durch Schweizer auftretenden Probleme zur Sprache zu bringen sowie nötigenfalls die erforderlichen vertraglichen Abmachungen zu treffen.

b) zur Interpellation Oehler

- 1) Wie bereits angetönt, werden es die Verhandlungen gestatten, zu prüfen, ob eine Erweiterung der vertraglichen Beziehungen auf andere Wirtschaftssektoren wünschbar sei, und ganz allgemein über die Frage einer erneuten Rechtsvereinheitlichung zwischen der Schweiz und Liechtenstein zu diskutieren.
- 2) Die Tatsache, dass sich die Fürstliche Regierung bereit erklärt hat, auf eine Angleichung des liechtensteinischen Gesellschaftsrechts an das schweizerische Obligationenrecht hinzuarbeiten, zeigt , dass auch massgebende liechtensteinische Stellen eine solche Gesetzesrevision als im Interesse des Fürstentums liegend betrachten.
- 3) Wie eingangs dieser Antwort schon vermerkt, hält der Bundesrat an den Schlussfolgerungen seines Berichts von 1973 fest. Was die fremdenpolizeilichen Vereinbarungen betrifft, so bedürfen sie im Zusammenhang mit dem in Aussicht genommenen neuen schweizerischen Ausländergesetz ohnehin der Ueberprüfung.

c) zum Postulat Grobet

Der Bundesrat wird der in dieser Intervention enthaltenen Aufforderung in allen Teilen nachkommen, d.h. die Beziehungen zwischen der Schweiz und Liechtenstein überprüfen und dafür sorgen, dass beide Seiten den Zollanschlussvertrag gleich handhaben und dass insbesondere die liechtensteinischen Anstalten nicht dazu dienen, die ge-

Conseil national

meinsamen Rechtsvorschriften sowie namentlich die Steuergesetzgebung unseres Landes zu umgehen. Er ist deshalb bereit, das Postulat Grobet entgegenzunehmen.

77.668. Question

Sociétés domiciliées

77.367. Interpellation Oehler (5 mai 1977).

Principauté de Liechtenstein. Collaboration

77.368. Postulat Grobet (5 mai 1977).

Relations entre la Suisse et le Liechtenstein

77.668 Wyler - Sociétés domiciliées au Liechtenstein
(2 mai 1977)

Les graves scandales financiers qui ont éclaboussé récemment le Crédit suisse de Chiasso et la Weisskredit de Lugano ont montré, une fois de plus, l'aptitude des sociétés domiciliées au Liechtenstein à se transformer en agents délictueux et d'évasion fiscale.

La prolifération en Suisse de personnes morales de la Principauté, notamment d'établissements qui, dans de nombreux cas, gèrent d'immenses capitaux en dehors de tout contrôle légal et fiscal, représente pour notre pays un danger constant de graves scandales financiers, dont les contre-coups risquent de porter préjudice à d'importants secteurs de notre économie:

Le succès des personnes morales de la Principauté est dû à l'absence de normes légales et en matière de contrôle de la part des autorités de cet Etat, qui en ont ainsi fait une des principales sources de recettes fiscales grâce au voisinage de la place financière suisse et au traitement de faveur garanti par la Suisse à la Principauté sur les plans économique et monétaire (surtout en vertu du traité bilatéral du 29 mars 1923).

Je demande par conséquent au Conseil fédéral quelles mesures il entend adopter, sur le plan interne, pour empêcher la prolifération en Suisse de personnes morales au sens du droit de la Principauté,

- soit au moyen d'actes législatifs, comme c'est le cas en Allemagne et en Italie,

Conseil national

Réponse verbale

77.668. Question ordinaire Wyler (2 mai 1977).

Sociétés domiciliées au Liechtenstein

77.367. Interpellation Oehler (5 mai 1977).

Principauté de Liechtenstein. Collaboration

77.368. Postulat Grobet (5 mai 1977).

Relations entre la Suisse et le Liechtenstein77.668 Wyler - Sociétés domiciliées au Liechtenstein
(2 mai 1977)

Les graves scandales financiers qui ont éclaboussé récemment le Crédit suisse de Chiasso et la Weisskredit de Lugano ont montré, une fois de plus, l'aptitude des sociétés domiciliées au Liechtenstein à se transformer en agents délictueux et d'évasion fiscale.

La prolifération en Suisse de personnes morales de la Principauté, notamment d'établissements qui, dans de nombreux cas, gèrent d'immenses capitaux en dehors de tout contrôle légal et fiscal, représente pour notre pays un danger constant de graves scandales financiers, dont les contrecoups risquent de porter préjudice à d'importants secteurs de notre économie.

Le succès des personnes morales de la Principauté est dû à l'absence de normes légales et en matière de contrôle de la part des autorités de cet Etat, qui en ont ainsi fait une des principales sources de recettes fiscales grâce au voisinage de la place financière suisse et au traitement de faveur garanti par la Suisse à la Principauté sur les plans économique et monétaire (surtout en vertu du traité bilatéral du 29 mars 1923).

Je demande par conséquent au Conseil fédéral quelles mesures il entend adopter, sur le plan interne, pour empêcher la prolifération en Suisse de personnes morales au sens du droit de la Principauté,

- soit au moyen d'actes législatifs, comme c'est le cas en Allemagne et en Italie,

---/--

- soit au moyen de contrôles plus sévères et d'une pratique plus restrictive de la part de toutes les autorités fédérales compétentes pour réglementer l'activité en Suisse de ces établissements, en particulier de la part de l'Administration fédérale des contributions et de la Commission fédérale des banques (p.ex. en ne reconnaissant plus la personnalité juridique aux maisons dites "boîtes aux lettres", ainsi qu'en a décidé la Cour d'appel de Venise dans un arrêt bien connu).

Le Conseil fédéral n'a-t-il pas l'intention d'entreprendre des démarches par la voie diplomatique auprès de la Principauté de Liechtenstein afin que, dans le cadre des rapports privilégiés qu'elle entretient avec la Suisse, elle abolisse dans sa législation les formes de sociétés inconnues dans le droit des autres Etats européens, et qu'elle adopte des mesures concrètes et efficaces pour empêcher la constitution de sociétés ayant leur siège au Liechtenstein, mais en réalité aucun lien effectif avec le territoire de la Principauté?

*/77.367 I Oehler - Principauté de Liechtenstein. Collaboration
(5 mai 1977)

Il arrive souvent, comme de récents événements d'ordre économique l'ont démontré une fois de plus, que des affaires graves, dont les conséquences pour notre économie le sont tout autant, soient entreprises, se terminent ou se déroulent, du moins en partie, sur le territoire de la Principauté voisine de Liechtenstein. C'est pourquoi le Conseil fédéral est invité à répondre aux questions suivantes:

1. Le Conseil fédéral n'est-il pas de l'avis qu'il importe, compte tenu des relations particulières qui existent entre la Suisse et le Liechtenstein, et dans le respect de l'entière souveraineté des deux Etats, de tout entreprendre afin d'étendre encore le domaine réglé par les conventions et d'y intégrer notamment un plus grand nombre d'actes législatifs touchant les activités économiques?
2. N'est-il pas de l'avis qu'il convient, d'un commun accord et dans un strict respect de la souveraineté des deux Etats et des attributions de leurs organes, de poursuivre l'harmonisation de leurs législations?
3. Ne considère-t-il pas qu'une telle procédure est, au même titre que les accords existants, dans l'intérêt commun des deux Etats?
4. Estime-t-il que les conclusions de son rapport de 1973 sur les relations avec la Principauté de Liechtenstein sont encore valables, notamment en ce qui concerne les accords sur l'établissement et le séjour de citoyens de l'autre Etat dans l'un des deux pays?

La demande d'interpellation est appuyée par les députés suivants:

Biderbost, Bommer, Bürer, Dürr, Hungerbühler, Kaufmann, Röthlin,
Thalman, Wellauer

(9)
---/---

Exposé des motifs:

Lorsque devant ce Conseil, il y a tout juste cinq ans de cela, j'avais posé la question des relations avec la Principauté de Liechtenstein, mon intervention avait déclenché dans l'Etat voisin une véritable guerre de religion. Cette intervention fut à l'époque qualifiée d'insidieuse, d'impertinente ou même d'impérialiste par la presse liechtensteinoise. Le sommet d'une incompréhension bien peu démocratique fut atteint lorsque certains cercles de l'Etat voisin s'engagèrent dans une véritable chasse à courre.

Non seulement presque cinq ans se sont écoulés dans l'intervalle, mais la situation a évolué. Ainsi par exemple ceux qui autrefois voulaient frapper un grand coup ont disparu maintenant de la vie économique ou ont été depuis écartés à cause des derniers événements dont nous allons nous entretenir par la suite. Entretemps plusieurs douzaines de ces personnes morales dans la Principauté de Liechtenstein ont aussi été liquidées de façon coercitive. Le fait que l'on puisse constater dans l'Etat voisin même un changement d'opinion est très significatif. Il y a cinq ans, l'on pouvait y constater un front uni. Mais rendus avisés et secoués par les derniers scandales, des politiciens de la Principauté conscients de leurs responsabilités ont lancé un appel à la raison et à l'épuration. Lors de l'assemblée générale de la Chambre de commerce liechtensteinoise, le Président a parlé d'un orage menaçant qui se préparait au-dessus du Liechtenstein. Avec les scandales où sont impliquées des firmes liechtensteinoises, le "goodwill" péniblement acquis et la confiance gagnée tout au long des années seraient immanquablement hypothéqués, menacés ou même endommagés.

Bien que cette constatation concerne n'importe quelle économie, la Principauté de Liechtenstein constitue comme auparavant un cas spécial. L'affaire de Chiasso, l'affaire "Weiss-Kreditbank" et divers autres scandales ces deux dernières années ont soit passé par le Liechtenstein, soit se sont même déroulés sur la plaque tournante aux précieuses armoiries princières. Ceci ne peut pas nous laisser indifférents car ces événements portent le plus gravement atteinte à notre renommée. Notre but doit donc être de mettre les choses au net avec notre estimé et respecté voisin et de prendre ensemble des dispositions telles que le Liechtenstein ne puisse plus continuer à jouer un rôle douteux dans des affaires douteuses. Mais ceci n'est pas notre tâche, car personne ne dispute la liberté et l'indépendance du Liechtenstein. Il est maintenant reconnu au Liechtenstein également qu'après les scandales financiers qui ont fait grand bruit, la nécessité et l'urgence d'une correction de trajectoire ne se discutent au moins pas.

La Chambre de l'industrie liechtensteinoise constata que le risque de mesures correctives imposées à soi-même était nettement plus réduit que celui d'une tolérance continuelle d'abus jusqu'aux conséquences imprévisibles de réactions soudaines, sous forme d'ultimatum, de l'étranger. C'est là où nous en sommes aujourd'hui.

Il règne en partie au Liechtenstein des conditions excellentes. Des entreprises mondialement connues et appréciées offrent leurs prestations de services à l'économie internationale et font connaître le nom de l'Etat voisin autour du monde. Pourquoi en conséquence devrions-nous tolérer que grâce à ces dispositions légales particulières, notre renommée soit toujours et encore souillée à propos du Liechtenstein. J'avais trouvé compréhensible qu'un journal connu de notre pays qui chaque semaine informe le monde depuis Zurich attaque violemment notre Banque nationale lorsque la direction générale adressa mise en demeure et recommandations au Liechtenstein; le journal déplora l'attitude de la Banque nationale la traitant de pédantisme. En examinant la chose de plus près, nous constatons un enchevêtrement singulier. L'attitude de ce journal - il s'agissait de la "Weltwoche" - peut se comprendre lorsque l'on sait que non seulement l'auteur de cette contribution rédactionnelle habite le Liechtenstein mais encore veut doter la Principauté de Liechtenstein d'un réseau de télévision et la décider de lui en confier toute l'organisation. Cette attitude est trop limpide, pour que nous devions nous laisser mener à la laisse. Ceci ressemble davantage à un vrai proxénétisme politique, au service duquel tous les moyens sont autorisés. Il faut à mon avis procéder avec le Liechtenstein à une opération de nettoyage immédiate. Elle est dans l'intérêt au moins autant de l'Etat voisin que de nous-mêmes.

La mauvaise humeur et une certaine peur même se répandent aussi aujourd'hui parmi les Suisses de la Principauté de Liechtenstein. Suite à certaines rumeurs, le pays voisin aspirerait à obtenir des modifications dans le domaine du traité d'établissement. Des questions relatives au commerce des arts et métiers frontalier restent ouvertes comme auparavant, tous problèmes qui sont à résoudre d'un commun accord. Le Liechtenstein devrait être assez prévoyant et constater que le pays, avec nous, avec la Suisse, a fait les plus grands progrès économiques et sociaux. Justement, en relation avec les dernières décisions monétaires dans notre pays - je fais allusion à l'accord passé entre la Banque nationale et les banques suisses - il a été démontré combien étroits étaient les liens d'interdépendance et, à mon avis, il ne serait en conséquence pas naturel que le Liechtenstein ne se prêtât pas à cet égard à entreprendre une opération de nettoyage.

Ce sont des questions que je pose suite aux renseignements fournis par le Conseil fédéral en 1973 et certes pour la raison qu'un catalogue des problèmes avait été dressé, qu'entretemps quelques problèmes ont pu être résolus mais que les questions de détails sont toujours ouvertes. Le scandale de Chiasso a donné raison à ceux qui à l'époque considéraient que les explications notamment en provenance de la Principauté de Liechtenstein et la réponse suisse à ces dernières ne dévoilaient pas tout.

77.368 P Grobet - Relations entre la Suisse et le Liechtenstein
(5 mai 1977)

Le Conseil fédéral est invité à réexaminer les relations entre la Suisse et le Liechtenstein et à veiller à ce que l'union économique avec la Principauté soit appliquée de manière uniforme et que notamment les sociétés du Liechtenstein (Anstalten) ne servent pas à détourner des dispositions de notre législation commune ainsi que notamment les lois fiscales de notre pays.

Cosignataires: Baechtold, Besuchet, Blum, Bratschi, Bundi, Bussey, Canonica, Chopard, Diethelm, Eggenberg, Egli-Winterthour, Felber, Gassmann, Gerwig, Haller, Hubacher, Lang, Loetscher, Meier Werner, Meizoz, Merz, Morf, Müller-Berne, Nanchen, Reiniger, Renschler, Riesen-Fribourg, Rothen, Schläppy, Schmid-Saint-Gall, Stich, Villard, Wagner, Waldner, Welter, Zehnder (36)

- ent de départ 2) A la suite d'un postulat Gehler, le Conseil fédéral
Rapport 1973 avait présenté un rapport détaillé, daté du 21 décembre 1973, sur les relations de la Suisse avec la Principauté de Liechtenstein. Les conclusions qui en avaient été tirées, à savoir qu'une révision générale de nos relations avec la Principauté ne s'imposait pas, conservent aujourd'hui encore toute leur valeur.
- Conclusions variables 3) La Principauté est un Etat souverain, lié à la Suisse en particulier par un traité d'union douanière, des accords de police des étrangers et une convention postale. Bien que les relations des deux pays aient évolué de façon satisfaisante jusqu'ici, de récents événements comme l'"affaire de Chiasso" ont démontré qu'il subsistait des zones d'ombre.
- ordre convention- 4) Rappelons brièvement l'affaire de la filiale tessinoise du Crédit suisse. Il est notoire que son directeur entretenait d'étroites relations d'affaires avec les responsables de l'établissement financier liechtensteinois Taxon. Celui-ci plaçait des fonds de clients de la banque. C'était en quelque sorte une banque dans la banque et les autorités
- Traités principaux Relations satisfaisantes Zones d'ombre Evénements récents... (Chiasso)

Réponse du Conseil fédéral

- Introduction générale
- Problème général
 - Problèmes particuliers
- Point de départ
- Rapport 1973
 - Conclusions variables
- Cadre conventionnel
- Traités principaux
 - Relations satisfaisantes
 - Zones d'ombre
- Zones d'ombre
- Evénements récents... (Chiasso)
- 1) Les trois interventions parlementaires auxquelles il est répondu ici ont trait, sur un plan général, aux relations de la Suisse avec le Liechtenstein et se réfèrent plus précisément à des problèmes monétaires, fiscaux et de droit des sociétés.
 - 2) A la suite d'un postulat Oehler, le Conseil fédéral avait présenté un rapport détaillé, daté du 21 décembre 1973, sur les relations de la Suisse avec la Principauté de Liechtenstein. Les conclusions qui en avaient été tirées, à savoir qu'une révision générale de nos relations avec la Principauté ne s'imposait pas, conservent aujourd'hui encore toute leur valeur.
 - 3) La Principauté est un Etat souverain, lié à la Suisse en particulier par un traité d'union douanière, des accords de police des étrangers et une convention postale. Bien que les relations des deux pays aient évolué de façon satisfaisante jusqu'ici, de récents événements comme l'"affaire de Chiasso" ont démontré qu'il subsistait des zones d'ombre.
 - 4) Rappelons brièvement l'affaire de la filiale tessinoise du Crédit suisse. Il est notoire que son directeur entretenait d'étroites relations d'affaires avec les responsables de l'établissement financier liechtensteinois Texon. Celui-ci plaçait des fonds de clients de la banque. C'était en quelque sorte une banque dans la banque et les autorités

- Moyens d'actions

... commandent
remèdes

-- au plan bancaire

Identification du 5)
problème: "les
boîtes aux lettres"

- Généralités

suisses ignoraient tout de ces opérations. Certes cette affaire est due plus à des défaillances humaines qu'à des défauts de l'ordre juridique. Ceci n'empêche cependant pas de chercher des remèdes où cela est nécessaire. Le cas du Crédit suisse commande des mesures qui, dans la mesure du possible, préviennent de semblables abus.

En examinant la chose de plus près, l'on s'aperçoit qu'on bute invariablement sur le problème des sociétés dites de "boîtes aux lettres". D'une façon générale, le problème peut être posé en ces termes: la question ordinaire Wyler n'évoque que les personnes morales dont le siège est au Liechtenstein. Ces dernières ne sont pourtant pas seules à permettre de tourner l'ordre juridique suisse. D'autres Etats ont aussi adopté une réglementation assez large en matière de droit des sociétés ou n'ont pas institué une autorité de surveillance digne de ce nom. En Suisse même, certains cantons, sur une base légale, accordent des avantages fiscaux aux holdings, sociétés financières ou de domicile. Celles-ci de-
^{soumises}meurent, il est vrai, à un contrôle fédéral minimal. L'harmonisation de la législation liechtensteinoise avec notre droit des obligations et l'introduction d'un contrôle actif sur les sociétés domiciliées au Liechtenstein ne résoudreait donc pas encore la question des sociétés dites de "boîtes aux lettres" qui exercent leurs activités en Suisse. Il pourrait même, curieux résultat, s'ensuivre un transfert du siège statutaire vers l'un ou l'autre de ces Etats-là.

- 8 -

- Moyens d'actions
(remèdes)

-- au plan bancaire

Il n'en reste pas moins que la législation liechtensteinoise rend possible toutes sortes d'abus et de manoeuvres douteuses. Quels sont ou pourraient être alors les mesures à prendre en ce domaine? Il en est de deux ordres, selon que l'on se place au plan bancaire ou fiscal. Au plan bancaire tout d'abord: on peut retenir deux moyens d'agir à l'encontre de personnes morales dont le siège est à l'étranger et qui exercent en Suisse une activité soumise à la loi fédérale sur les banques et les caisses d'épargne du 8 novembre 1934 ou à la loi fédérale sur les fonds de placement du 1^{er} juillet 1966. Il s'agit premièrement du refus de leur reconnaître la personnalité juridique. Pour ce faire, l'on peut s'appuyer soit sur le fait que le siège à l'étranger est fictif, soit sur le fait que la personne morale constitue en elle-même une construction artificielle destinée à éluder le droit matériel suisse. Deuxièmement on pourrait leur appliquer l'ordonnance concernant les établissements en Suisse qui dépendent de banques étrangères du 14 septembre 1973, ordonnance à laquelle sont également soumises les banques qui directement ou indirectement sollicitent publiquement des capitaux en Suisse. Cette activité requiert en effet une autorisation de la Commission fédérale des banques.

En appliquant par analogie l'article 23 quinquies de la loi sur les banques, la Commission peut au besoin ordonner la liquidation de la succursale en Suisse d'une personne morale étrangère. Cependant la liquidation de la personne morale étrangère elle-même par les autorités suisses n'est pas possible. Il faudrait pour cela pouvoir compter

sur le concours des autorités étrangères compétentes du siège statutaire. La Commission fédérale des banques peut toutefois interdire l'activité en Suisse d'une personne morale étrangère en s'appuyant sur la clause générale de l'article 23^{ter}, alinéa premier, de la loi sur les banques.

-- au plan fiscal

Au plan fiscal, l'Administration fédérale des contributions envisage la possibilité d'introduire une pratique plus restrictive. Gardons d'abord à l'esprit que les autorités fiscales suisses, dans le cadre de leurs activités normales de contrôle, ont pris et continuent à prendre des mesures pour s'opposer à des manoeuvres douteuses du genre de celles qui sont à l'origine du scandale de Chiasso et pour lutter contre l'évasion fiscale au Liechtenstein.

Les établissements (Anstalten) et autres sociétés de ce genre qui ont leur siège dans la Principauté mais qui sont effectivement dirigés de la Suisse où ils exercent une activité, sont considérés comme domiciliés en Suisse, conformément à l'article 9, alinéa premier, de la loi sur l'impôt anticipé. Ils peuvent donc être astreints à cet impôt. Dans le cadre des droits de timbre, le refus de reconnaître la personnalité juridique aux établissements (Anstalten) du Liechtenstein n'entre pas en considération. En effet, ceux-ci sont eux-mêmes contribuables selon la législation fédérale en la matière.

Pour ce qui est de l'impôt anticipé, ce refus ne servirait pas à grand-chose: une distribution de bénéfices lui est de toute façon soumise.

Dans le domaine de l'impôt sur le revenu et la

--/--

- 10 -

fortune, une personne morale créée à seule fin d'évasion fiscale n'est pas traitée comme un sujet fiscal, mais l'impôt est prélevé auprès de la personne physique qui est la véritable bénéficiaire.

La question de la refonte du droit des sociétés liechtensteinois ne préoccupe pas que les Chambres fédérales ou l'opinion publique suisse: dans une récente intervention parlementaire au "Landtag" du Liechtenstein, il fut demandé au Gouvernement ce qu'il entendait entreprendre pour lutter contre les abus. En date du 22 septembre 1977, le Chef du Gouvernement a répondu que ... (attendre réception de la réponse).

Possible extension
des relations con-
ventionnelles

- Au plan monétaire

- 6) Après le droit des sociétés, abordons maintenant la question d'une possible extension des relations conventionnelles avec notre voisin. Sur le plan monétaire d'abord: Le Liechtenstein appartient à la zone monétaire suisse sur la base d'une décision autonome. De même a-t-il observé, sans y être tenu, les mesures prises ces dernières années en Suisse au titre de sauvegarde de la monnaie. Le Conseil fédéral et la Banque nationale désirent néanmoins aboutir à un accord durable avec le Liechtenstein dans le domaine monétaire. Aussi des négociations s'étaient-elles engagées avant que ne fût connue l'"affaire de Chiasso". La question monétaire devra donc faire l'objet d'une nouvelle réglementation. Les prochaines négociations à ce sujet devront également inclure le problème du droit des sociétés.

- Au plan fiscal 7) Quant à la question fiscale, au plan bilatéral,

la situation peut se résumer comme suit: le Liechtenstein a édicté sa propre législation en matière d'impôts directs et la Suisse n'a donc aucun droit sur le produit de tels impôts. L'Administration fédérale des contributions perçoit dans la Principauté l'impôt sur le chiffre d'affaires dont le produit net est réparti entre les deux Etats. L'Administration fédérale des contributions perçoit également au Liechtenstein des droits de timbre dont la Principauté touche sa quote-part. La législation fédérale sur l'impôt anticipé ne lui est en revanche pas applicable, parce que les personnes qui résident dans la Principauté sont considérées, sous ce rapport, comme des étrangers et n'ont donc pas droit au remboursement de l'impôt anticipé de 35% retenu sur les rendements de capitaux mobiliers suisses. Un éventuel accord de double imposition contraindrait ainsi la Suisse, unilatéralement et sans contre-prestation, à accorder le remboursement total ou partiel de l'impôt anticipé. La Suisse n'a donc aucun intérêt à conclure une telle convention. Bien plus, les avantages fiscaux offerts par le Liechtenstein n'en seraient que renforcés.

des personnes morales liechtensteinoises qui exercent une activité en Suisse devrait intervenir tout d'abord dans le cadre de l'ordre juridique suisse.

A cet égard, le refus de reconnaître la personnalité juridique d'une société étrangère dite de "boîte aux lettres" peut représenter un moyen approprié de lutter contre les agissements --/-- ont pour effet de tourner l'ordre juridique suisse. Ce n'est cependant pas toujours le cas en matière fiscale.

Conclusions:

Les divers aspects mentionnés ci-dessus de nos relations avec le Liechtenstein seront passés en revue à l'occasion des pourparlers qui viennent d'être entamés. Sans vouloir préjuger du résultat de ces entretiens officiels, nous pouvons répondre comme suit aux questions posées par les conseillers nationaux Wyler, Oehler et Grobet.

a) à la question ordinaire Wyler:

L'écart entre la Suisse et le Liechtenstein relatif à l'appareil juridique destiné au contrôle des personnes morales constitue un problème sérieux. Il mérite d'être suivi avec attention et d'être soulevé lors des négociations. Il est possible que l'on constate une différence plus sensible encore dans l'application de cet appareil par les autorités des deux Etats. A cet égard, un examen de la pratique liechtensteinoise sera entrepris en collaboration avec la Banque nationale suisse. Si cet examen laissait apparaître un écart majeur, le renforcement du contrôle des personnes morales liechtensteinoises qui exercent une activité en Suisse devrait intervenir tout d'abord dans le cadre de l'ordre juridique suisse.

b) à l'interpellation Oehler

A cet égard, le refus de reconnaître la personnalité juridique d'une société étrangère dite de "boîte aux lettres" peut représenter un moyen approprié de lutter contre les agissements qui ont pour effet de tourner l'ordre juridique suisse. Ce n'est cependant pas toujours le cas en matière fiscale.

Par ailleurs, il faudrait soigneusement peser les avantages d'un éventuel renforcement du droit international privé de la Suisse ou d'autres dispositions et les désavantages, par exemple les mesures de rétorsion que pourraient prendre d'autres Etats que le Liechtenstein.

En ce qui concerne d'éventuelles démarches de notre part en vue d'obtenir une révision du droit des sociétés liechtensteinois, il faut dire que le Liechtenstein est vraisemblablement peu disposé à rayer de son droit les formes juridiques que sont les établissements (Anstalten) et autres sociétés de ce type qui constituent l'une de ses principales sources de revenus. Il est néanmoins souhaitable que, de sa propre initiative et dans son propre intérêt, la Principauté rapproche certains de ses principes juridiques des normes européennes, comme il en a d'ailleurs manifesté l'intention. Il procédera à l'examen des relations

entre la Suisse et le Liechtenstein et veillera à ce que des négociations soient en cours qui permettront de discuter de tous les problèmes résultant de l'utilisation par des Suisses des personnes morales du Liechtenstein et au besoin de conclure les arrangements nécessaires. égales, notamment la législation fiscale. Le Conseil fédéral est dès lors disposé

b) à l'interpellation Oehler Grobet.

- 1) Comme nous l'avons déjà mentionné, les négociations offriront l'occasion d'examiner l'opportunité d'étendre les relations conventionnelles à d'autres secteurs de la vie économique et d'aborder la question très générale d'une unification juridique plus poussée entre la Suisse et le Liechtenstein.



14. September 1977

- 14 -

Übersicht:

Budget (Nummer und Bezeichnung): 0.320

Direkt Fr. 1'949'989.--

Gewöhnlicher Veransch Fr. 1'949'989.--

Obigeleicher Veransch Fr. ---

gefertigt von: R. Huber

2) Le fait que le Gouvernement princier s'est déclaré prêt à réviser le droit des sociétés liechtensteinois dans le sens d'une adaptation au droit suisse, signifie que le Liechtenstein également juge une telle harmonisation conforme à son propre intérêt.

3) Comme nous l'avons déjà relevé, le Conseil fédéral maintient les conclusions de son rapport du 21 décembre 1973. Pour ce qui est des accords passés en matière de police des étrangers, ils doivent de toute façon être revus à la lumière de notre nouvelle loi sur les étrangers et adaptés en conséquence.

Deutsch:

Begründung

Das Budget der Landesregierung für das Jahr 1978 (ausgegeben 1977) ist nicht realistisch in der Erwartung der ungekürzten Leistung zu leisten.

Französisch:

15 de Mars 1977

Le montant proposé à titre de participation ont été fixés dans les cantons, de 20 à 25. Les cantons ayant accepté d'une subvention fédérale (Art. 7, 2ème al. de la

c) au postulat Grobet

Le Conseil fédéral donnera suite à cette intervention. Il procédera à l'examen des relations entre la Suisse et le Liechtenstein et veillera à ce que de part et d'autre on applique le traité d'union douanière de façon identique et à ce qu'en particulier les établissements (Anstalten) liechtensteinois ne servent pas à détourner nos prescriptions légales, notamment la législation fiscale. Le Conseil fédéral est dès lors disposé à accepter le postulat Grobet.

Mitbericht

Einverständnis

Eidg. Finanz- u. Zölldirektion

Bern, den

7. SEP. 1977

Bern, den

29. August 1977

Protokollauszug an:

- EDI 7 (GS 3, ID 1, ANF 3) zum Vollzug
- FED 7 zur Kenntnis
- EFK 2 " " "
- FinDel 13 " " "

Obiges Kreditbegähen wird antragsgemäss bewilligt:

Für getraute Auszug der Protokollführer: